

Netzwerk in der EKHN „Leben im Alter“ – Wahlprüfsteine zur Seniorenpolitik

Wohnen

1. Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei der Wohnungsnot auch alter und einkommensschwacher Menschen künftig begegnen?

Wir Freie Demokraten wollen nicht weiter den Mangel verwalten, sondern die Wohnungsnot und die Mietpreissteigerungen durch mehr Wohnungen aktiv bekämpfen. Dazu brauchen wir mehr Marktwirtschaft und weniger Bürokratie, damit es endlich wieder attraktiv wird, Wohnungen auch im unteren und mittleren Preissegment zu bauen.

Förderinstrumente und Steuervergünstigungen für Erwerber von Wohneigentum in den letzten Jahrzehnten abzubauen, waren Fehler, die eine geringe Eigentümerquote, Wohnungsnot und steigende Mieten zur Folge hatten. Dabei täte es der ganzen Gesellschaft gut, wenn ein wachsender Anteil der Bevölkerung über Wohneigentum zur Selbstnutzung, Einkommens- und Alterssicherung verfügen würde. Das werden wir entsprechend anpacken. Wir wollen in einem ersten Schritt bei der Grunderwerbsteuer einen einmaligen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für die erste Immobilie der Bemessungsgrundlage für natürliche Personen einführen, denn die Entwicklung der letzten Jahre macht es den Familien aus breiten Bevölkerungsschichten fast unmöglich, Wohneigentum zu erwerben. Der Freibetrag wird für den Erwerb selbstgenutzter Wohnimmobilien durch natürliche Personen gelten. Ziel ist es, den Menschen die Möglichkeit zu bieten, ihren Traum vom eigenen Heim bei gleichzeitiger Altersvorsorge zu verwirklichen. Wer im Alter keine Miete zahlt, hat mehr Freiraume.

Wohnungsnot und steigende Mieten sind unter anderem Folgen fehlenden Baulands. Wir werden die von der Landesregierung initiierte Baulandoffensive evaluieren und effizienter gestalten. Ziel wird es sein, die Kommunen konkreter bei der Ausweisung von neuem Bauland zu unterstützen, Hürden zu beseitigen und auch durch Nachverdichtung an geeigneten Stellen sowie auf die Schließung von Baulücken hinzuwirken. Auch die Stelle des Wohnungsbaubeauftragten werden wir dazu wieder neu besetzen.

2. Wie wollen Sie und Ihre Partei neue Wohn- und Solidaritätsformen zwischen und innerhalb der verschiedenen Generationen künftig befördern?

Wir Freie Demokraten wollen die Förderprogramme und die Bürokratie neuen Wohnformen anpassen und diese ermöglichen. Die Möglichkeit, an allen Facetten des Lebens teilzunehmen, ist Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Damit ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen ungehindert am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können,

müssen wir Barrieren abbauen. Dies betrifft auch digitale Angebote. Gleichzeitig sollen digitale Angebote und Systeme genutzt werden, um Barrieren abzubauen oder zu verringern. Dazu müssen die Programme der Stadtentwicklung für Barrierefreiheit effizient umgesetzt werden. Im öffentlichen Bereich ist die Barrierefreiheit unerlässlich.

3. Wie könnte nach Ihrer Meinung die Selbst- und Mitverantwortung politisch unterstützt werden?

Jeder Mensch sollte nach dem Selbstverständnis der Freien Demokraten ein Leben führen können, dass von Eigenverantwortung und Selbständigkeit geprägt ist.

Deshalb unterstützen wir das Bestreben der meisten Menschen, im Alter so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben zu können oder alternativ eine Lebensform frei zu wählen, die ihren Bedürfnissen entspricht. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine sektorenübergreifende ambulante Versorgung alter Menschen ein, bei der multiprofessionelle Teams vernetzt zusammenarbeiten, d.h. Teams aus Ärzten, Pflegekräften, anderen Heilberufen, wie z.B. der Physiotherapie und der ambulanten Palliativbetreuung. Darüber hinaus wollen wir die alternativen Wohnformen im Alter fördern, denn es muss noch Alternativen für diejenigen geben, die nicht mehr zu Hause leben wollen oder können, aber noch in der Lage sind, in einer kleineren Wohneinheit mit anderen pflegebedürftigen Menschen zu wohnen.

Auch legen wir großen Wert darauf, dass sich ältere Menschen möglichst lange in den Kommunen, bei Seniorenbeiräten und anderen geeigneten Gremien für ihre eigenen Interessen einsetzen.

4. Wie bewerten Sie das gegenwärtige Versorgungsangebot der 24-h-Pflege?

Eine 24 h-Pflege, bei der es sich de facto um eine 24 h-Betreuung handelt, kann entweder nur im Pflegeheim sicher gestellt werden oder durch eine Pflegekraft, die mit im Haus oder der Wohnung des Pflegebedürftigen lebt und rund um die Uhr ansprechbar ist. Damit wird eine umfängliche Betreuung gewährleistet, die oftmals die einzige Alternative zum Pflegeheim darstellt. Üblicherweise handelt es sich dabei um Betreuungs- oder Pflegekräfte aus Osteuropa, die sowohl hauswirtschaftliche als auch grundpflegerische Tätigkeiten übernehmen.

Das derzeitige Angebot erscheint uns als ausreichend.

5. Was beabsichtigt Ihre Partei dazu beizutragen, dass die Wahlfreiheit Pflegebedürftiger im Hinblick auf ambulante Wohnformen gestärkt wird?

Um alten Menschen, die nur in geringem Maße pflegebedürftig sind, ein weitgehend eigenständiges Leben zu ermöglichen und eine Alternative zum Pflegeheim zu bieten, wollen wir die ambulanten Wohnformen stärken. Dabei geht es uns in erster Linie darum, die hohen Anforderungen, die an solche Wohnformen gestellt werden, deutlich abzusenken und die Bürokratie so gering wie möglich zu halten.

Alternde Bevölkerung ländlicher Regionen

6. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um für die alternde Bevölkerung ländlicher Regionen annähernd gleichwertige Lebensbedingungen im Hinblick auf eine altersgerechte Infrastruktur (Mobilität, Gesundheits- und Nahversorgung) zu gewährleisten, wie dies für städtisch geprägte Regionen Standard ist?

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, endlich den Sanierungsstau von Straßen im ländlichen Raum anzugehen, den ÖPNV zu stärken und mit neuen innovativen Konzepten zu vernetzen. Die Gesundheitsversorgung wollen wir durch die Förderung von Gemeinschaftspraxen und Inhaber geführten Gesundheitsversorgungszentren gewährleisten, die unter ihrem Dach auch andere Heilberufe integrieren. Bei der Notfallversorgung setzen wir uns für eine Vernetzung von Ärztlichem Bereitschaftsdienst und Notfallambulanzen ein. Über eine gemeinsame Leitstelle sollen die Patientenströme sinnvoll gesteuert werden. Die Versorgung mit Krankenhäusern soll so organisiert werden, dass zu kleine, unrentable Krankenhäuser möglichst in andere Gesundheits- oder Pflegeeinrichtungen umgewandelt werden oder aber Verbünde mit anderen Krankenhäusern eingehen. Krankenhäuser, die die Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen, bleiben ohnehin erhalten.

Insgesamt betrachtet setzen wir uns dafür ein, dass die ländlichen Regionen wieder attraktiver werden und dadurch die Abwanderung in die Städte verringert wird.

7. Wie wollen Sie und Ihre Partei technische Unterstützungslösungen fördern?

Eine leistungsfähige, digitale Infrastruktur auch in den ländlichen Regionen Hessens muss zum Standard werden. Dies bedeutet, dass endlich ein flächendeckender Breitbandausbau auch außerhalb der Ballungszentren stattfinden muss. Jedes Unternehmen ist heute auf ein funktionierendes Netz angewiesen. Auch für die Unterstützung der gesundheitlichen Versorgung ist es dringend notwendig, die Vorteile der Telemedizin nutzen zu können.

Prävention und Gesundheitsförderung

8. Wie stehen Sie und Ihre Partei zur Entwicklung eines Landesnetzwerks „Prävention im Alter“?

Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung sind uns Freien Demokraten sehr wichtig, nicht nur im Alter, sondern möglichst von Kindheit an. Letztendlich könnten viele Krankheiten vermieden werden, wenn frühzeitig Einfluss auf Risikofaktoren genommen wird. Angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft sind frühzeitige Präventionsmaßnahmen besonders angezeigt. Die Krankenkassen sollten nach unserer Auffassung ihre Ausgaben für präventive Angebote intensivieren. Wir wollen die Fähigkeiten alter Menschen so lange wie möglich erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, wird Prävention zunehmend wichtiger. Es wird daher zu prüfen sein, in welcher Art und Weise dieses Ziel am besten erreicht werden kann.

9. Wie bewerten Sie und Ihre Partei die gezielte Förderung und Einbeziehung vorhandener Akteure der Altenarbeit, um entsprechende Präventionskonzepte wohnortbezogen und niedrigschwellig zu entwickeln und zu verankern?

Wir bewerten wohnortnahe und niedrigschwellige Präventionskonzepte sehr positiv, weil wir die Auffassung vertreten, dass die Kompetenzen vor Ort, innerhalb des Sozialraumes der Betroffenen, am größten sind und damit auch am meisten Erfolg versprechend.

10. Hessen ist – noch – das Bundesland mit der höchsten Quote an ausschließlich familiär versorgten pflegebedürftigen Menschen im Bundesgebiet. Die nachhaltige Gesundheitsförderung der pflegeverantwortlichen Familienmitglieder gilt als Privatsache und ist politisch bisher ein Randthema.

Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um diese private Pflegebereitschaft angesichts des aktuellen Pflegenotstandes in der professionellen Pflege zu erhalten und zu stabilisieren?

Die belastende Situation der pflegenden Familienangehörigen ist in den letzten Jahren mehr in das Blickfeld der Politik gerückt, als dies zuvor der Fall war. Durch die Möglichkeiten der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie den Entlastungsbetrag hat die Politik auch die Gesundheit der pflegenden Angehörigen berücksichtigt, um ihnen einen Urlaub oder kleinere Auszeiten zur Erholung zu ermöglichen.

Wir Freie Demokraten wollen darüber hinaus Pflege- und Betreuungsleistungen im Haushalt steuerlich mehr berücksichtigen.

11. Welche Antwort hat Ihre Partei auf den erklärten Bedarf der Haushalte nach zugehender psychosozialer Beratung als Baustein der Prävention und Entlastung?

Wir sehen selbstverständlich die schwierige Lage der pflegenden Angehörigen und ihren Bedarf an Unterstützung auch im psychosozialen Bereich.

Das im letzten Jahr verabschiedete Präventionsgesetz bietet die Möglichkeit, präventive Maßnahmen und Projekte auf Kosten der Krankenkassen umzusetzen. Pflegenden Angehörige werden hier auch benannt als eine der Gruppen, die über die herkömmlichen Institutionen nicht erreicht wird. Deshalb sieht das Präventionsgesetz hier die Kommunen in einer Schlüsselrolle bei der Gesundheitsförderung.

Es ist daher anzuraten, in der jeweils zuständigen Kommune die Prozesse der Gesundheitsförderung anzustoßen oder sich ggf. nach diesbezüglichen Maßnahmen zu erkundigen.

Armut im Alter

12. Mit welchen Vorschlägen wird sich Ihre Partei in Hessen und im Bundesrat gegen Armut im Alter, die insbesondere alleinstehende Frauen, Langzeitarbeitslose und niedrigqualifizierte Menschen trifft, einsetzen?

Armut im Alter trifft hauptsächlich diejenigen, die Lücken in ihrer Erwerbsbiografie haben.

Die wichtigste Maßnahme um Armut zu verhindern, ist nach unserer Überzeugung beste Bildung von Anfang an sowie passgenaue, gute Fort- und Weiterbildung. Mehr als die Hälfte der Langzeitarbeitslosen hat keinen Berufsabschluss und meist mehrere Vermittlungshemmnisse wie gesundheitliche Einschränkungen, Mutterschaft, Alter über 50 J oder mangelnde Sprachkenntnisse. Auch Alleinerziehende sind zu etwa 50 Prozent von öffentlichen Leistungen abhängig. Neben Bildungsmaßnahmen ist es daher nach unserer Überzeugung wichtig, für eine qualitativ gute und flächendeckende Kinderbetreuung zu sorgen, insbesondere auch für einen vollständigen Krippenausbau, damit alleinerziehende Mütter ggf. Berufsabschlüsse nachholen und arbeiten können. Für Zuwanderer sind Sprachkurse, oft auch über den Berufseinstieg hinaus, wichtig sowie eine gute Aus- und Weiterbildung.

Benachteiligung

13. Welche Vorstellungen haben Sie und Ihre Partei, um eine bessere – späte – Integration der altgewordenen Migranten in das Altenhilfesystem zu ermöglichen bzw. zu verbessern?

Für alt gewordenen Migranten, die aus verschiedenen Gründen nicht in unsere Gesellschaft integriert sind, gibt es nach unserer Auffassung lediglich die Möglichkeit, ihnen mit unterstützenden Maßnahmen im täglichen Leben zu helfen. Durch den hohen Migranten-Anteil in unserem Land gibt es fast überall, beim Arzt wie auch im Pflegeheim, aber auch in Behörden, Menschen, die die Herkunftssprache sprechen und so mithelfen können, diesen Menschen neue Situationen zu erklären und sie sensibel zu unterstützen.

14. Wie will Ihre Partei Zugangshürden zu Kultur- und Bildungsangeboten beseitigen, die aufgrund mangelnder Mobilität entstehen, wie z. B. dem ausgedünnten Nahverkehr?

Wir wollen den ÖPNV auch in ländlichen Regionen stärken. Dazu braucht es innovative Konzepte, wie beispielsweise von Moovel, die klassischen ÖPNV und digital gesteuerte ÖPNV Angebote auf Bestellung (On-Demand-Verkehr) klug vernetzen. Damit können je nach Bedarf auch Haltepunkte angefahren werden, die im Regelbetrieb nicht als Haltepunkte vorgesehen sind. Insbesondere auch für die Abend- und Randstunden ist dieses Angebot wichtig.

Sektorenübergreifende seniorenpolitische Konzepte

15. Wie nimmt Ihre Partei diese Empfehlungen des 7. Altenberichts in ihre Politik auf?

Wir sind davon überzeugt, dass nur die Zusammenarbeit und Vernetzung der verschiedenen Sektoren Effizienz garantiert. So wie die Krankenhäuser Verbünde eingehen, um sich spezialisieren und ihre Qualität verbessern zu können und gleichzeitig auch Ressourcen einzusparen, so ist es auch in anderen Bereichen sinnvoll, über die Sektoren hinweg ein Ziel zu verfolgen. Wir werden deshalb die Empfehlungen des 7. Altenberichts in unsere politische Arbeit aufnehmen.

16. Wo sehen Sie und Ihre Partei aktuell Ansatzpunkte, um die Überwindung der Trennung von gesundheitlicher, pflegerischer und wohnungs- bzw. wohnumfeldbezogener Politik in Hessen anzugehen?

Wir favorisieren vernetzte Teams, die sich mit Hilfe digitaler Unterstützung in ihren Maßnahmen absprechen und koordiniert handeln. Es ist unproduktiv, wenn beispielsweise der betreuende Arzt und der ambulante Pflegedienst nicht in direktem Kontakt stehen und jeder in seinem Bereich das tut, was er für richtig hält – ohne, dass dies aus Sicht des Pflegebedürftigen auch richtig sein muss. Wir wollen deshalb allein den Menschen mit seinen Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellen.

Wie stehen Sie und Ihre Partei zu einem sozialraumbezogenen Altenhilfebudget für die Kommunen?

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Kommunen mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet werden, damit sie die ihnen zugewiesenen Aufgaben erfüllen können.